

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 51

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Lenin lebt in der Schweiz»

Schweizerbeschreibungen erhalten in der UdSSR schlagartig prominente Behandlung/Hohes Lob für die wegbereitende PdA

Wie schon einmal im Frühling nahm das Thema «Schweiz» im Dezember plötzlich einen gewaltigen Aufschwung in der Sowjetpresse. Boten damals die Konferenzen in Genf und internationale Sportveranstaltungen einen plausiblen Hintergrund für das punktuelle Interesse, so ist jetzt der vermutliche Anlass politisch beziehungsreicher: Die Gründung der Gesellschaft «Sowjetunion-Schweiz» (siehe KB Nr. 48).

Die kampagnemässig wirkende Beschreibungen, aber bleibendes Motiv ist: Die Schweiz ist reich, ihre Einwohnerschaft vom satten Luxus, hinter dem die Krise lauert, angewidert, ihre Gesellschaftsordnung anachronistisch. Innerhalb der verhetzten Bourgeoisie eines vergangenen Jahrhunderts aber ist eine Elite regsam, die den Geist Lenins hochhält und die lichtvolle kommunistische Zukunft vorbereitet: die PdA.

Den weiten Beschreibungsrahmen noch gesprenzt haben in letzter Zeit vor allem zwei Erzeugnisse: Der Artikel der «Ekonomitscheskaja Gasjeta» über unsern Monopolkapitalismus (siehe KB Nr. 50) und eine allgemein gesellschaftskritische Studie des in Everan erscheinenden «Kommunist». Dass der Titel «Im Lande der herrlichen Seen» als ironischer Gegensatz zur Bigotterie der Bevölkerung verstanden zu werden hat, wird bald klar.

Was in der Schweiz schön ist, ist die von Lenins Andenken umwitterte Naturschönheit: «In der Ferne, im blauen Dunst, wo die Alpen gleichsam sinnend dahinschwimmen, dort liebte Wladimir Iljitsch zu wandern.»

Aber die Poesie ist spärlich eingestreut. Sarkastische Gesellschaftskritik überwiegt, wobei der Verfasser E. Alexanian mit Vorliebe junge Schweizer Studenten und Arbeiter für sich sprechen lässt, angeödet von der Bourgeoisie und voll Sehnsucht nach der kommunistischen Grosszügigkeit. Ein Facharbeiter kommt etwa zu Wort: Er verdient 1000 Franken im Monat. Wohl kann er sich den «scheinbar» so hohen Lebensstandard leisten, aber am Ende des Monats bleiben ihm solcherart nur zehn Franken für Unvorhergesehenes übrig. Rhetorisch frägt Alexanian, was denn der Schweizer vom hohen Lohn habe. (Die Antwort wäre gegeben: das, was der Vollkommunismus in frühestens zwanzig Jahren in schwächerem Ausmass verspricht: den Lebens-

standard, und dazu noch zehn Franken, denn das Geld wird programmgemäß im Kommunismus abgeschafft, wenn der Einzelne nach seinem Bedarf — der unter jenem der heutigen Schweiz zu liegen hat — versorgt ist.)

Die jungen Leute, es handelt sich um Basler mit den typischen Namen Claude, Eileen und André, sind im allgemeinen mehr degoutiert als zornig, aber bei einer Gelegenheit beschreibt der Verfasser doch ihre heisse Enträstung. Ein Schweizer Soldat weist das angebotene Geschenk einer sowjetischen Friedensstaube schnöde zurück und wirft sie auf den Fussboden. Tief beschämmt sind die jungen Patrioten ob so viel Faschismus. Ueberhaupt sind die Schweizer durchwegs faschistisch angehaucht, sofern sie nicht der PdA gehören. Jene Auserwählten werden mit zurückgekehrter poetischer Wärme geschildert, und crescendo kommt Alexanian zum Schluss: «Ein alter Schweizer Arbeiter, welcher Lenin gehört hatte, führt feierlich seine Hand zum schlagenden Herzen, und wir verstehen ohne viel Worte: Lenin ist in der Schweiz.»

Briefe

Kriegsverbrecher

In den vergangenen Tagen erfuhr die Weltöffentlichkeit, dass die sowjetische Regierung die Auslieferung des westdeutschen Generals Heusinger verlange, zwecks Aburteilung als Kriegsverbrecher. Der Schreibende geht mit der genannten Regierung vollkommen einig, dass Verbrechen gegen Frieden, Freiheit und Menschlichkeit durch die volle Strenge des Gesetzes (westlicher Auslegung) und ohne Ansehen der Person, geahndet werden müssen. Am Rande sei bloss die Frage gestattet, in welchem Lagere die heute noch in Amt und Würde stehenden, grössten Verbrecher gegen Menschlichkeit, Freiheit und Frieden zu suchen sind?

Doch sicher im sog. Ostblock (mit Rissen). Wer zeichnet wohl als verantwortlich für die völkerrechtswidrige, gemeine Besetzung des friedlichen Tibets und der allmächtlichen Ausrottung seiner Bevölkerung? Welcher «friedliebende» Despot nimmt

die Verantwortung auf sich für die Verseuchung der Atmosphäre durch radioaktiven Staub? Wer kennt die Verantwortlichen für die Unterjochung und Knechtung der baltischen (und anderer) Bevölkerung? Welche heuchlerische, vom Volke «gewählte» Regierung nimmt die ungeheure Schuld auf sich, den einhellig bekundeten Willen auf Freiheit und Unabhängigkeit, in Ungarn gnadenlos und mit bezeichnender Brutalität niedergewalzt zu haben? Wo sitzt der Schuldige, der Millionen von deutschen Menschen zur Flucht zwang und, als diese Flucht zur Massenflucht wurde, sie durch «sozialistische», «friedliebende», «freiheitliche» Mauern und «Todeszonen» brutal unterband?

Warum stellen keine Regierungen, warum stellen nicht die Millionen und Abermillionen entwurzelter Flüchtlinge bei der Uno das Gesuch um Auslieferung und Aburteilung der heutigen «Kriegsverbrecher»?

H. B. Kappelen

Ein Irrtum

und zwei sinnstörende Fehler kamen in der letzten Nummer vor: In der Untersuchung (Abschnitt über die Infiltrierung in Ungarn, zweiter Absatz, vorletzter Satz) wurde ein Name verwechselt. Bei dem durch Mordandrohung gegen den Bruder unter Druck gesetzten Bischofskandidaten handelte es sich nicht um Imre Revesz, sondern um den kürzlich gestorbenen Gyula Muraközy. Im Leitartikel muss der drittletzte Absatz wie folgt anfangen: «Der Christ bei uns ist sich der Gefährlichkeit einer unbesehnen Vermischung (nicht «Verminderung») von Glauben und Politik bewusst.»

Im Beitrag über Ivo Andric muss es vor dem Untertitel «... und Erlebnisse» heißen: «... wobei zu jeder Episode in der Novelle auf eine eindeutige Entsprechung (nicht «Entspannung») im Falle von Titos Person hingewiesen wird.» Red. KB

Zur Finanzierung der KP

Anfang Dezember teilte der österreichische Abgeordnete Greider dem Nationalrat mit, dass laut seinen Informationen der österreichische Osthandel von ungefähr 30 Firmen monopolisiert wird, deren Gewinne zum grössten Teil zur Finanzierung kommunistischer Parteien in Westeuropa verwendet werden. Die Monopolstellung ergibt sich daraus, dass der Import wichtiger Rohstoffe aus den Ostblockstaaten keinen anderen Firmen ermöglicht wird. Die kommunistischen Geschäftsführ-

er dieser Firmen verdienen laut Greider monatlich rund 18 000 Schilling, von denen sie einen Teil als Parteisteuer abzugeben haben.

Die Buchbesprechung

Joachim Rottmann. *Der Viermächte-Status Berlins. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn-Berlin 1959*, 83 S. Ein kurzer Abriss über die Sonderstellung Berlins, wie sie sich aus den Bemühungen der ehemaligen Alliierten ergeben hat. Das ausgiebige Heranziehen der Quellen und die zahlreichen Literaturhinweise erhöhen den Wert dieser Einführung.

Am Rande ...

Drei Ehepaare im westkirgisischen Talass wurde die elterliche Gewalt über ihre Kinder entzogen, die im adventistischen Glauben erzogen wurden. Die Begründung des gerichtlichen Urteils laut «Sowjetskaja Kirgisija»: Die Kinder wachsen als geistige Krüppel heran. Sie wurden Pflegeeltern übergeben. *

Die ungarische Revolution vor fünf Jahren wurde von Chruschtschew organisiert. Dies die Version des albanischen Parteichefs Hodscha. Ueberdies, so fügte er bei, habe Moskau jetzt die Westmächte um militärische Intervention gegen Albanien ersucht. Vorläufig hat allerdings Tirana in seinem neuen Handelsabkommen mit Italien eine Erhöhung des Aussenhandelsvolumens um 50 Prozent vereinbart, als Ersatz für ausfallende östliche Importe.

Eine Demographische Analyse der «Familienplanung» veröffentlicht «Magyar Nemzet», Budapest: «Angestellte des Gesundheitsamtes haben 6732 Frauen über ihre Familienplanung befragt. Das Ergebnis der Befragung ... Durchschnitt der geplanten Kinderzahl 2,3, der tatsächlichen Kinderzahl 1,9 und der erwünschten Kinderzahl 2,6. Letztere Zahl scheint vom Gesichtspunkt der zukünftigen Reproduktion aus betrachtet zufriedenstellend zu sein.» *

Diesen Herbst gab es in Polen 561 000 Fernsehabonneten. Davon entfallen 486 000 Abonnenten auf die Stadt, die übrigen auf das Land. Es wird nicht gesagt, wieviel Privatpersonen es unter den Fernsehabonneten gibt. Anzunehmen ist, dass beinahe alle Fernsehabonneten verschiedene Gesellschaftsorganisationen, Kulturheime, Klubs, Rote Ecken usw. sind.

Gegenwärtig gibt es in Polen 7 Fernsehsender: in Breslau, Katowice, Warschau, Lodz, Posen, Danzig, und Stettin. Ausser-

Unser Memorandum

Am letzten Tag der Session hat der bündnerische Sprecher in Beantwortung einer Frage zum Problem des Osthändels Stellung genommen. Die Auffassung unserer Regierung kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Der Anteil des Osthändels an unserem Außenhandel ist in den letzten zwei Jahrzehnten rückläufig. 1937 betragen unsere Importe aus den Ländern des heute kommunistischen Ostens 11,7 Prozent aller Importe und 8,9 Prozent unserer Ausfuhr ging dorthin. Im letzten Jahr betragen diese Zahlen noch 2,2 Prozent und 3,3 Prozent.
- Aus der Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme ergeben sich Kontaktchwierigkeiten, die ein Ansteigen des schweizerischen Osthändels verhindern.
- Der Osthandel der Schweiz schwächt die freie Welt nicht. Unserer Neutralitätspolitik ist mit der Aufrechterhaltung eines gewissen Handelstromes mit dem Ostblock besser gedient als mit dem Verzicht darauf. Daher hat unser Staat mit den meisten Ländern des Ostblocks Handelsverträge abgeschlossen.

4. Eine allfällige Assozierung mit der EWG erheischt einen im Sinne unserer Neutralität ausgleichenden Osthandel.

Diese bündnerische Stellungnahme wurde im Rahmen der parlamentarischen Fragestunde abgegeben. Sie ist deshalb unvollständig. Unseres Erachtens ist sie wie folgt zu ergänzen und zu präzisieren:

- Der Westhandel des Ostblocks wird langfristig erwartungsgemäß eine rückläufige Tendenz aufweisen, weil das kommunistische Wirtschaftssystem die Autarkie anstrebt. Ein Vergleich der heutigen Tauschwerte mit jenen vor der kommunistischen Machtübernahme ist allerdings nicht schlüssig.

2. Es ist anzunehmen, dass der tatsächliche Osthandel unseres Landes höher liegt, als die Zollstatistik vermuten lässt. Verantwortlich dafür ist die Tatsache, dass der Osthandel auch gebrochen, das heißt über Drittländer geführt wird. Gewissen Vermutungen zufolge soll der gebrochene Osthandel das Dreifache des offiziellen betragen.

3. Wenn der Westhandel langfristig eine rückläufige Tendenz aufweist, kann er doch mittelfristig beinahe beliebig ausgeweitet werden. Das trifft dann zu, wenn das wirtschaftliche Ziel der Autarkie durch das politische Ziel der Beeinflussung (mit dem Außenhandel als Instrument der Politik) überlagert wird. In diesem Fall können auch die Kontaktchwierigkeiten über-

wunden werden. Seit 1951 weist denn auch der Westhandel des Ostblocks eine steigende Tendenz auf.

- Die Neutralitätspolitik unseres Landes sollte unsere Außenhandelspolitik nicht beeinflussen. Heute stellt die Außenwirtschaft einer der wichtigsten Faktoren der revolutionären Kriegsführung dar. Die Handelsbeziehungen des Ostblocks können in einem gewissen Sinne als Ersatz für militärische Operationen betrachtet werden und gleichen somit einer zwar nicht offensichtlichen, aber dennoch tatsächlichen Form der Angriffshandlung. Wie bei militärischen Operationen gegen unser Land die Neutralität nicht mehr möglich ist, so müssen wir uns abfinden, bei wirtschaftlichen Operationen die Neutralität unserer Außenhandelspolitik als fragwürdig zu betrachten.
- Anlässlich der Verhandlungen zu einer Assozierung der Schweiz mit der EWG sollte die Frage einer westlichen Koordination des Osthändels von der Schweiz aufgeworfen werden. Bestrebungen in dieser Richtung sind auch in EWG-Ländern feststellbar, weil man sich der Tatsache nicht mehr länger verschließen kann, dass eine wirtschaftliche Bindung an den Ostblock eine politische Abhängigkeit schafft. Diese Gefahr kann nur durch eine einheitliche Haltung der freien Welt gebannt werden. Als Träger einer westlichen Osthandsstrategie scheint die OECD am geeignetesten.

Chru heil!

Die untenstehende Karikatur ist ein Witz der Budapester Parteizeitung «Nepszabadság»: Bubi sieht im Dokumentarfilm Hitler und wird dann später beim Betrachten Adenauers in der Zeitung zwingend inspiriert. Die Folge ist ein glückliches Pinseln und ein glückliches Er-schrecken von Papa.

Da die im Osten obligatorische Gleichstellung von Adenauer und Hitler die Zeitungsleute immer wieder zu zeichnerischen Taten anreizen muss, dient die kleine Bilderfolge immerhin als Beispiel, wie die kommunistische Presse zu ihren Dokumentarberichten kommt. Die Karikatur ersetzt dabei vorteilhaft die Photographie, da man den Bundeskanzler beispielsweise selten in der hier wiedergegebenen Pose sehen dürfte.

Wir dagegen zeigen Chruschtschows Gruss photographisch, so wie er auf der Titelseite der «Gasjeta Rossija» vom 10. Dezember zu sehen ist (während seiner Rede vor dem Obersten Sowjet am 9. Dezember).

Der Schnapschuss

Der ungarische Vizeministerpräsident Gyula Kallai stellte in einer Rede vor der «Patriotischen Volksfront» (die Massenorganisation unter KP-Führung) fest, dass «die Intelligenz bei uns einen langen Entwicklungsweg zurückgelegt hat. Jetzt haben wir bereits eine sozialistische Intelligenz». (Und was war sie bisher?)

Curriculum der Woche

MITKO GRIGOROFF

Neues Mitglied des bulgarischen Politbüros (siehe KB Nr. 50).

Wie Todoroff 1920 geboren. Beendet 1939 Gymnasialbildung in Sofia, wo er auch Recht studiert und im Herbst 1944 promoviert. Während des Krieges für einige Zeit im KZ oder Gefängnis wegen Unterstützung der kommunistischen Partisanen. Über seine Tätigkeit nach Kriegsende bis zu Beginn der fünfziger Jahre ist nichts bekannt.

1952 Chef des Departementes für Propaganda und Agitation im Zentralkomitee der KP. Am sechsten Parteikongress im März 1954 zum kandidierenden ZK-Mitglied gewählt. Ungefähr zur gleichen Zeit zum ersten KP-Sekretär des Bezirkskomitees Varna ernannt. 1957, anlässlich des ZK-Juliplenums zum Vollmitglied des Zentralkomitees ernannt. Bis 1958 wiederum Vorsteher der Propaganda- und Agitationsabteilung. Beim siebenten Parteikongress im Juni 1958 zum Sekretär im ZK gewählt, Posten, den er jetzt noch innehat. Parlamentsmitglied (erstmals 1953). Nahm im November 1960 am Kongress der Kommunistischen- und Arbeiterparteien in Moskau teil.

